

Ende Mai 1952 verschärfte die DDR-Regierung die Maßnahmen zur Grenzsicherung. Sie richtete eine fünf Kilometer breite Sperrzone ein und ließ tausende "politisch unzuverlässige" Personen aus dem Grenzgebiet umsiedeln. Der Bericht über den Verlauf der Aktion in Thüringen liefert neben interessanten Statistiken bemerkenswerte Zeugnisse von Widerstandshandlungen.

Schon kurz nach ihrer Gründung musste die junge DDR eine zunehmende Abwanderung ihrer Bürger in die Bundesrepublik hinnehmen. Die Zwangsenteignung vieler Bauern, der im Vergleich zum Westen bereits geringere Lebensstandard, Ablehnung des politischen Systems und andere Faktoren bewegten immer mehr Menschen dazu, das Land zu verlassen.

Die SED-Führung reagierte darauf mit einer Verschärfung des Grenzregimes. Auf Geheiß der Sowjetunion erließ die Regierung am 26. Mai 1952 eine "Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands". Der Minister für Staatssicherheit, Wilhem Zaisser, legte die genaue Ausgestaltung nur einen Tag später in einer Polizeiverordnung fest.

So sah Zaissers Polizeiverordnung einen besonders geschützten Bereich von 5 Kilometern Breite hinter der Grenze vor. Er war noch einmal unterteilt in einen Bereich von 500 Metern hinter der Grenze, in dem noch strengere Regeln galten, sowie einem für normale Bürger vollständig gesperrten Bereich von 10 Metern unmittelbar an der Grenze.

Begleitet wurden diese Maßnahmen von Zwangsumsiedlungen aus dem Grenzgebiet. Unter dem bezeichnenden Decknamen Aktion "Ungeziefer" bereitete das MfS die Umsiedlung von "politisch unzuverlässigen" Personen vor. Die Deutsche Volkspolizei (DVP) evakuierte zwischen Mai und Juni 1952 tausende Personen aus dem Grenzgebiet und wies ihnen eine neue Bleibe im Landesinneren zu.

Alle im Grenzgebiet lebenden Bewohner wurden zuvor durch die Volkspolizei überprüft und in ihrer Grundhaltung zur DDR eingeschätzt. Dabei kam es zu willkürlichen Entscheidungen und Denunziationen von Nachbarn. Zur Aussiedlung vorgesehen waren u.a. Bürger mit Westkontakten, ehemalige Nationalsozialisten, Bauern, die ihr Ablieferungssoll an den Staat nicht erfüllten und Menschen, die sich in irgendeiner Form negativ über den Staat geäußert hatten.

Der vorliegende Bericht fasst den Verlauf der Aktion "Ungeziefer" in Thüringen zusammen und liefert darüber hinaus einige statistische Angaben für die Aktion. Das Papier dokumentiert auch die Schwierigkeiten, mit denen MfS und DVP bei der Umsetzung der Maßnahmen zu kämpfen hatten. An einigen Orten kam es zu Selbstmorden oder spontanen Protesten und Widerstandshandlungen gegen die Zwangsumsiedlungen. Die jeweiligen Passagen lesen sich wie ein Vorgeschmack auf den Volksaufstand gegen die SED-Diktatur nur ein Jahr später.

Signatur: BStU, MfS, AS, Nr. 300/57, Bd. 4, Bl. 24-28

## Metadaten

Diensteinheit: Abteilung VI Urheber: MfS
Datum: 9.6.1952 Rechte: BStU



Abteilung VI

Weimar, den 9. Juni 1952

BStU 000024

Betr.: Aktion "Ungeziefer".

- In Thüringen waren insgesamt nach Meldungen unserer Kreisdienststellen 5.444 Personen zur Umsiedlung vorgesehen.
   Es handelt sich dabei um 1.772 Familien.
- 2.) Bis zum 9. Juni 1952, 14,00 Uhr, wurden insgesamt 3.516 Personen aus dem Sperrgebiet ausgesiedelt. Es handelt sich dabei um 981 Familien. (Hierbei ist die Zahl der aus dem Kreis Eisenach ausgesiedelten Familien nicht einbegriffen.)
- 3.) Insgesamt 1.721 Fersonen entzogen sich ihrer Umsiedlung durch Flucht über die D.-Linie. Diese Zahl setzt sich aus 609 Familien zusammen, wobei die aus dem Kreis Schleiz geflüchteten 49 Personen nicht einbegriffen sind.

In den einzelnen Kreisen ist die Zahl der Republikflüchtigen sehr unterschiedlich.
Während z. B. im Kreis Bad Salzungen 637 Personen,
im Kreis Eisenach 336 und im Kreis Sonneberg 403
Personen flüchteten, beträgt diese Zahl im Kreis
Meiningen nur 4 und im Kreis Hildburghausen nur 10
Personen. Der Grund hierfür liegt darin, daß in den
letztgenannten Kreisen die Betroffenen durch kurzfristige
Benachrichtigung keine Zeit zur Flucht hatten, während
in den anderen Kreisen die Benachrichtigung zum Teil
schon 48 Stunden vor dem Termin der Aussiedlung erfolgte.

Außer diesen Republikflüchtigen entzog sich bisher noch eine geringe Anzahl Personen der Aussiedlung, indem diese sofort nach Benachrichtigung verschwand und der jetzige Aufenthaltsort unbekennt ist.

Desweiteren wurden insgesamt 7 Fälle von Selbstmord betroffener Personen gemeldet,unter denen sich eine vierköpfige Familie im Kreis Sonneberg befindet.

4.) Soziale Aufgliederung der Ausgesiedelten:

Bauern: 243 Arbeiter: 366 Geschäftsleute: 179 Handwerker: 159 Angestellte: 157

Bei dem Rest handelt es sich um Hausfrauen, Kinder und Personen ohne Beschäftigung.

-2-

Signatur: BStU, MfS, AS, Nr. 300/57, Bd. 4, Bl. 24-28

0



- 2 -BStU · 12 000025 Unter den Ausgesiedelten befanden sich 12 Ausländer und 8 Staatenlose. 265 waren als kriminelle Elemente, 737 als Reaktionäre bekannt. 5.) Die Ausgesiedelten gliedern sich altersmäßig folgendermaßen auf: Männer: Frauen: bis 15 Jahre - 375 - 98 bis 15 Jahre 20 25 30 - 145 - 131 - 191 - 120 - 129 - 175 - 262 - 318 11 11 11 24 30 77 22 17 40 9.2 50 12 11 11 50 11 über 50 über 60 " 6.) Von den Ausgesiedelten waren in Parteien organisiert: CDU - 65 LDP - 40 NDP - 7 DBD -10 die übrigen sind parteilos. 7.) Nach Meldung unserer Kreisdienststellen befinden sich unter den Betroffenen 28 Personen, die öffentliche Ämter in den Gemeinden bekleideten, u.a. 11 Bürgermeister. Außerdem wurden 5 Pfarrer bzw. Kirchenangestellte, 4 Lehrer und 2 Direktoren von VEB ausgesiedelt. 8.) Im Allgemeinen ist die Aktion in Thüringen abgeschlossen. In den meisten Kreisen war der Abschluß am 7. und 8.6.52 zu verzeichnen. In einigen Kreisen müssen noch einige z. Zt. nicht auffindbare oder in Krankenhäusern liegende Personen ausgesiedelt werden. Im Kreis Schleiz ist vorgesehen, außer den bereits aus dem Sperrgebiet entfernten Personen noch einige weitere reaktionäre Elemente, die bisher nicht zur Umsiedlung vorgesehen waren, auszusiedeln. Im Kreis Eisenach konnte die Gemeinde Großburschla nicht mit in die Aussiedlungsaktion einbegriffen werden, da die geplante Evakuierung über die einzige Straße nicht möglich war, weil diese als neutrale Straße einen Abschnitt der D.-Linie bildet. 0 9.) Bei der Aussiedlungs-Aktion traten in den einzelnen Grenzkreisen folgende Schwierigkeiten bzw. Widerstände der Bevölkerung auf: Im Kreis Schleiz traten Fehlplanungen beim Binsatz der Kraftfahrzeuge und der Stellung von Arbeits-kräften auf, die nach sofortiger Absprache mit der Kreisleitung der Fartei und dem Landrat behoben wurden. -3-

Signatur: BStU, MfS, AS, Nr. 300/57, Bd. 4, Bl. 24-28



0

- 3 -

000026

Durch Selbstmord zweier Personen in Hirschberg trat eine gewisse Beunruhigung unter der Bevölkerung dieses Gebietes ein, die durch in diesem Zusammenhang verbreiteten Gerüchte verschärft wurde. Ein Aufklärungseinsatz der Nationalen Front hatte die Beruhigung der Bevölkerung zum Erfolg.

Weitere Schwierigkeiten waren Im Kreis Schleiz aufgrund der teilweise mangelhaften Arbeit der Unterkommission des VPKA und der Abteilung K der Grenzkommandantur in der Form zu verzeichnen, daß die betreffenden Personen zwar namhaft gemacht wurden, jedoch ohne Angabe der Personalien, des Besitzes und anderer notwendigen Einzelheiten. Dies verhinderte die Arbeit so, daß erst am Vortage der Aussiedlung, am 5.6.52, über den zur Umsiedlung gelangenden Personenkreis völlige Klarheit erlangt werden konnte.

Purch Fehlorganisierung waren bei der Benachrichtigung der Betroffenen am Morgen des 5.6. die Agitatoren im Kreis S on n e b e r g noch nicht eingesetzt, sodaß es stellenweise zu Panikstimmungen und Gerüchten verschiedener Art kam. Ein am Morgen des 6.6. durchgeführter Agitationseinsatz mit 2.000 Aufklärern führte eine gewisse Beruhigung herbei. Sehr nachteilig wirkte sich aus, daß man nicht die Auszahlung von 500,-- DM pro Familie rechtzeitig bekanntgegeben hatte. Durch mangelhafte Agitation waren in den Grenzgemeinden Heinersdorf und Liebau besondere Schwerpunkte entstanden, daß in Liebau von den 65 Einwohnern 62 die DDR fluchtartig verließen und nur 3 alte Leute zurückblieben. Auch in Heinersdorf war eine Massenflucht zu verzeichnen. Hier desertierten 2 VP-Angehörige mit der Bevölkerung über die Grenze.

Ähnliche Schwerpunkte entstanden in den Ortschaften Streufdorf und Westhausen, im Kreise H i l d b u r g h a u s e n . In Streufdorf ließen sich die Einwohner durch reaktionäre Elemente verleiten, Barrikaden zu errichten und damit den Ortseingang zu versperren. Agitatoren der SED wurden tätlich angegriffen, VP-Angehörige mit Steinen beworfen. Ein eingesetzter Löschzug der Feuerwehr erzwang die Räumung der Barrikaden. 15 Fersonen wurden festgenommen, gegen 5 von ihnen wurde Haftbefehl erwirkt.

Auch in Westhausen errichtete die Bevölkerung Straßensperren, angestiftet durch reaktionäre Elemente aus Streufdorf.

Likw's mit Hausrat von Ausgesiedelten der Nachbargemeinden wurden aufgehelten und zum Teil entladen. An diesen Aktionen

Auch in Westhausen errichtete die Bevölkerung Straßensperren, angestiftet durch reaktionäre Elemente aus Streufdorf. Lkw's mit Hausrat von Ausgesiedelten der Nachbargemeinden wurden aufgehalten und zum Teil entladen. An diesen Aktionen waren ungefähr 200 Personen beteiligt. Durch Schnellkommandos der VP wurden die Hindernisse beseitigt und die Einwohner zur Vernunft gebracht.

Im Kreis Bad Salzungen nach Polen und Sibirien Gerüchte über angebliche Aussiedlung nach Polen und Sibirien beunruhigt, sodaß bis zum 8.6.52 unter einem großen Teil der Bevölkerung eine ablehnende Stimmung zu verzeichnen war. Besondere Schwierigkeiten gab es im Südteil des Kreises, in den Gemeinden Dornburg, Empfertshausen, Kaltennordheim u.a. Orten. Die Einwohner dieser Gemeinden stellten sich geschlossen gegen die Aktion, besetzten die Zufahrtsstraßen und meldeten die Annäherung von VP-Angehörigen durch Läuten der Kirchenglocken. In Dorndorf kam es am 6.6. zu einer Demonstration,

-4-

Signatur: BStU, MfS, AS, Nr. 300/57, Bd. 4, Bl. 24-28



- 4 -

BStU 000027

die von zur Aussiedlung vorgesehenen Personen vorgesehen wurde und trotz Einsatzes von VP-Einheiten erst in den späten Nachtstunden aufgelöst werden konnte. Die Bevölkerung dieser Gemeinden berief sich laufend auf den Film "Das verurteilte Dorf" und nahm sich offensichtlich diesem Film als Vorbild für ihren organisierten Widerstand. Der Grund des Widerstandes war auch hier mangelhafter Agitationseinsatz und Schwächen der Vorbereitungsarbeiten seitens des Kreisrates. Ein am 7.6. durchgeführter Großeinsatz zeigte, daß der größte Teil der Bevölkerung die Aussiedlung nicht direkt ablehnte, sondern nur klare Auskunft über Grund, Ziel und Abschluß der Aktion verlangte. Nachdem am 9.6. bereits die ersten Berichte der Umgesiedelten aus ihren neuen Wohnorten im Kreis Sondershausen eintrafen und zeigten, daß diese gut untergebracht und bereits in Arbeitsstellen eingewiesen seien, hat sich die Stimmung der Bevölkerung dieses Gebietes wesentlich gebessert.

In der Gemeinde Berka im Kreis E i sen ach stieß ebenfalls die Aktion anfangs auf Widerstand.

Der Rädelsführer war hier der Dieser als reaktionäres Element bekannte Handwerker wurde aufgrund dessen von einer Agitationsgruppe aufgesucht und erklärte sich nach längerer Diskussion mit der Aussiedlung einverstanden. In der gleichen Gemeinde versuchten der 1. Kreissekretär der Farteiorganisation, Gen. Cihar und der 2. Parteisekretär, Personen aus der Liste streichen zu lassen, indem sie diese als harmlos und ohne Grund auf die Liste gekommen, bezeichneten.

In den übrigen Kreisen waren keine oder nur geringe Schwierigkeiten oder Fehlorganisationen zu verzeichnen. Die Kommissionen trafen in diesen Kreisen auf viel weniger Widerstand als in den oben angeführten. Dies hat seine Ursache darin, daß in diesen Kreisen die Aktion gut durch Einseätze zahlenmäßig und politisch starker Agitationsgruppen vorbereitet wurde.

- 10.)Die Stimmung der nicht zur Aussiedlung gekommenen Grenzbevölkerung hat sich in den letzten Tagen erheblich gebessert. Nachdem, entgegen der Rias-Hetze, nur die reaktionären und unsicheren Elemente ausgesiedelt wurden, hat sich die anfänglich gezeigte Angstpsychose wieder gelegt. Der fortschrittlichere Teil der Grenzbevölkerung begrüßt bereits die Aussiedlung der reaktionären Elemente, während das Gros der Grenzbevölkerung sich noch passiv verhält und noch nicht restlos davon überzeugt ist, daß die Aktion als abgeschlossen gilt.
- 11.)Im Rahmen der Aussiedlungs-Aktion wurden in den Einzelnen Kreisen folgende Festnahmen durchgeführt:

Im Kreis Schle iz wurden
festgenommen, die als Grenzführer bekannt sind und
in Wurzbach eine von der Aussiedlung betroffene Familie über
die Grenze bringen wollten. Sie ließen sich von der Familie
620,-- DM auszahlen und entführten deren 4 minderjährige
Kinder nach Nordhalben (Bayern), während sei die Eltern in
Wurzbach zurückließen. Bei der Rückkehr wurden die beiden
von der Grenzpolizei festgenommen.

-5-

Signatur: BStU, MfS, AS, Nr. 300/57, Bd. 4, Bl. 24-28



0

- 5 -

BStU 000028

Im Kreis Hildburghausen wurden,wie bereits berichtet,im Zusammenhang mit den Vorkommnissen in Streufdorf, 15 Personen festgenommen,von denen sich 5 heute noch in Haft befinden und dem Gericht zur Aburteilung übergeben werden.

In der Gemeinde Schwickershausen im Kreis  $\,\,$  M e i n i n g e n , verhaftete die Grenzpolizei einen Bauern, der mit seinen 4  $\,$  Pferden nach dem Westen flüchten wollte.

Im Kreis Bad Salzungen wurden im Zusammenhang mit den bereits berichteten Vorkommnissen in Dorndorf und Kaltennordheim 11 Personen vorübergehend festgenommen. 10 von ihnen wurden nach 24 Stunden entlassen, der 11. verbleibt wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt in Haft.

Weitere Festnahmen wurden uns aus den Kreisen nicht gemeldet.

12.)Die Aktion kann man in Thüringen als gelungen bezeichnen.

Zwar gab es in einigen Kreisen, und zwar in dem schon aus anderen Anlässen bekannten Schwerpunkten, Sonneberg,
Hildburghausen und Bad Salzungen, aufgrund des gerade in diesen Gebieten starken Einflusses des Rias, und der anderen Hetzzentralen sowie der mangelhaften Grganisationsarbeit unserer Partei und der Nationalen Front eine Reihe zum Teil ernsterer Zwischenfälle, in einigen Fällen sogar organisierten Widerstand, jedoch wurden auch in diesen Kreisen die Maßnahmen mit Erfolg durchgeführt. Die Bevölkerung hat sich nach anfänglicher Beunruhigung zum größten Teil schnell wieder beruhigt und begrüßt bereits z. T. die Maßnahmen der Regierung.

Die in einigen Kreisen frühzeitig und ohne vorherige Aigitation erfolgte Benachrichtigung der Betroffenen sowie die trotz aller Maßnahmen teilweise ungenügende Bewachung der Grenze durch die VP,ermöglichten es,einem größeren Prozentsatz der zur Aussiedlung vorgesehenen Personen sich über die D.-Linie nach Westen abzusetzen und z. T. sogar ihre landwirtschaftlichen Geräte, Zuchttiere und Pferde sowie Kraftfahrzeuge mitzunehmen.

Selbst die e ideologische Aufklärung der eingesetzten VP-Angehörigen ließ zu wünschen übrig, sodaß die Tatsache zu verzeichnen ist, daß im Laufe der Aktion 15 Angehörige der Grenzpolizei sowie 2 der VPKA nach dem Westen desertierten.

Trotz dieser durch ungenügende Vorbereitung eingetretenen Fehler muß man jedoch die Aktion wie bereits erwähnt, als erfolgreich bezeichnen.

(Kober)

**Signatur:** BStU, MfS, AS, Nr. 300/57, Bd. 4, Bl. 24-28